

Gammelt für Mansfeld! Mansfeld muß siegen!

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Zwei Jahrgangsbänden und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Preis: Die monatliche Ausgabe kostet monatlich 2,50 RM (abwärts im Voraus), durch die Post 2,75 RM (einschl. Postgebühren). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Ersatzlieferung des Bezugspreises.

6. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 2. Juli 1930

Nummer 151

An den Dränger mit den Trabanten der kapitalistischen Ausbeuter!

7-Stunden-Tag niedergestimmt!

Einheitsfront von den Nazis bis zur SPD gegen Arbeitszeitverkürzung, für Betriebsstilllegung / SPD-Vertrauensvotum für Bürgerblodminister / Sozialdemokraten Wissell und Lehmann haben Abbau des Krankenwesens vorbereitet

Berlin, 1. Juli. (Eig. Bericht.)

Am Mittwoch wurde im Reichstag die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums in Verbindung mit der Novelle zur Krankenversicherung fortgesetzt.

Abg. Wüll (D.): Ich verlange die beschleunigte Vorlegung des sogenannten Arbeitschutzgesetzes. Dabei müßten auch die völlig veralteten Vademerkelbestimmungen der Gewerbeordnung einer Revision unterzogen werden. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Abg. Münke (Christl.-nat. Bauernpartei): Bei den Erwerbslosen ist eine härtere Kontrolle des Arbeitswillens notwendig. (Komm. Zuruf: Unverschämtheit!) Es ist vielfach so, daß das Unterstützungsgeld für Alkohol und Nikotin ausgegeben wird. (Zuruf der Kommunisten: Sie verhöhnen noch die Hungernden!) Die Reform der Krankenversicherung ist unbedingt notwendig, da die Kassen in unerhörter Weise ausgenutzt werden.

Für die kommunistische Fraktion sprach zum Abbau des Krankenkassenwesens

Genosse Brandt:

Der Abbau, der jetzt vorgenommen werden soll, ist geradezu ungeheuerlich. Neben der Lohnsenkungaktion soll auch das Krankengeld gesenkt werden. Das höchste Krankengeld, das gegenwärtig 6 Mark beträgt, soll in Zukunft nur 4,50 Mark betragen. Ferner soll

ein Arbeiter, sobald er einen Krankenschein braucht, erst einmal 1 Mark bezahlen. Schreibt der Arzt eine Verordnung, so kostet das 50 Pf. extra.

Wenn Konflikte zwischen Arzt und Krankenkasse einreten, dann soll der Arbeiter, wenn er den Arzt in Anspruch nehmen muß, den Arzt direkt bezahlen und bekommt lediglich 80 Prozent von der Krankenkasse späterhin vergütet. Das Gesetz wird jetzt hier in aller Eile durchgepeitscht. Doch es hat seine Vorgeschichte. Die Unternehmer haben bereits seit Jahren Druckschriften eingereicht, worin sie den Abbau der Krankenversicherung fordern. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Auf dem Krankentag in Breslau hat der Geschäftsführer des Hauptverbandes der Krankenkassen, der Sozialdemokrat Lehmann, seine

Leistungsvorgabe, in denen er den radikalen Abbau der Krankenversicherung fordert. (Abg. Lütke (Soz.) ruft: „Sagen Sie auch, daß diese Leistungsvorgabe mit Mehrheit abgelehnt wurden!“)

Ich stelle fest, daß der Sozialdemokrat Lehmann die Leistungsvorgabe aufgestellt hat, daß er heute noch der Verhandlungsführer der Krankenkassen ist, und daß diese Leistungsvorgabe im November 1929 im wesentlichen vom sozialdemokratischen Arbeitsminister Wissell übernommen wurden.

Also, was die Sozialdemokraten jetzt am Abbau der Krankenkassen hemmeln, steht bereits im Entwurf des sozialdemokratischen Arbeitsministers Wissell. (Lütke ruft: „Es war ja nur ein Referentenentwurf!“ — Heiler ruft: „Und dieser Entwurf, Herr Lütke, das will ich Ihnen deutlich sagen, ist von den Gewerkschaften begrüßt worden. In der „Gewerkschaftszeitung“ hieß es wörtlich:

„Der Referentenentwurf Wissells ist zu begrüßen, weil damit die Frage der Reform der Krankenversicherung ernsthaft ins Rollen gekommen ist.“

(Stürmisches Hört, hört! bei den Kommunisten.) Noch am 31. Mai 1930 fand im Arbeitsministerium eine Besprechung mit den Krankenkassenbürokraten statt. Erst in dieser Sitzung hat noch der Sozialdemokrat Lehmann vom Hauptverband der Krankenkassen der Bürgerblockregierung vorgeschlagen, das Vertrauensorgan generell einzuführen. (Stürmisches Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Wir Kommunisten haben unseren eigenen Gesetzentwurf zur Krankenversicherung eingereicht, in dem wir unsere grundsätzliche Stellung zur Krankenversicherung darlegen.

Wir fordern ein einheitliches Versorgungswesen für alle Schichten, wir fordern eine einheitliche Reichskasse an Stelle

Streikausdehnung in Nordwest

Nur die KPD und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition als führende Kraft
Unternehmervorstoß auch gegen Tariflöhne

Essen, den 1. Juli.

Die Streikbewegung gegen den Lohnabbau hat heute unter Führung der KPD in zahlreichen Betrieben mit großem Eifer eingeleitet. Da auch im Düsseldorf Gebiet eine Reihe Betriebe die Arbeit niedergelegt haben, sind heute bereits 40—50 000 Arbeiter im Ruhr- und Rheingebiet vom Streik erfaßt. Der Streik wird sich morgen ausdehnen.

Der zentrale vorbereitende Kampfschuh wird heute noch ein Flugblatt an die Belegschaften richten, indem er zur Ausdehnung des Streikes alle Nordwest-Metalbetriebe auffordert. Der erste Streiktag stand seit überall im Zeichen der Führeerkolle der KPD. In Mülheim, wo die revolutionären Betriebsräte bei den Betriebsrätewahlen ihren ersten Durchbruch bei den Metallarbeitern hatten, traten in allen drei ent-

scheidenden Großbetrieben mit 15 000 Mann Belegschaft die Arbeiter in den Streik.

Zahlreiche Streiktruppen legten am Dienstagmorgen ein. Bei Krupp streikt die Gießerei 5—8, Gießerei 3, Mathildenbau, Lokomotivbau und die Drahtschweißwerke. Am Dienstag legten auch in der Abteilung Apparatebau die Schweißer die Arbeit nieder.

Die Bonzen versuchen mit allen Mitteln die Streikfront zu zerlegen, und die Verbreitung des Streikes zu verhindern, trotzdem jetzt von Stunde zu Stunde die Streikbewegung unter den noch im Betrieb befindlichen Arbeitern steigt. Vollständig streiken die Bergelius-Hütte in Duisburg und die Rheinwerft in Walsum. Im Bochumer Verein streikt die Formerei. Der Kriegsbetrieb Geschobau ist von den kämpfenden Arbeitern stillgelegt. Bei Rüppelsbusch streiken vier entfeindende Abteilungen, ebenso bei Holt u. Thömann in Dortmund, Abteilungen bei Hoch, Dortmund.

Ständlich laufen neue Streikmeldungen ein. Auf der Rheinwerft in Walsum hat die Wachen-Polizei eingegriffen, um wenige Streikbrecher in den Betrieb zu schaffen. Die Polizei des Duisburger und Hamborner Polizeipräsidenten Meyer (SPD) hat den oppositionellen Betriebsratsvorsitzenden der Bergelius-Hütte heute morgen verhaftet.

Die Streikbrecherposten der herrlichen Gewerkschaftsführer und alle verzweifelten Versuche der reformistischen Führer haben den Streik in Nordwest nicht verhindern können.

Das unerhörte Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie, die den Angriff der kapitalistischen Lohnräuber mit verstocktem Streikbruch und Fortführung der Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen beantwortet, hat die Schlotbarone von Nordwest zu weiteren Vorstößen veranlaßt. Sie beabsichtigen, den Deutschen Metallarbeiterverband wegen Tarifbruchs zu verklagen und auch das Lohnabkommen zu kündigen, so daß neben dem Abbau der Akordlöhne auch der Abbau der niedrigen Tariflöhne droht.

Inzwischen ist auch den 30 000 Angestellten von Nordwest gekündigt worden, um die überzähligen Angestelltengehälter um 7½ Prozent zu kürzen.

Die gesamte SPD-Presse, einschließlich der „Linken“, schweigt bis heute noch den richtigen Arbeitskonflikt in Nordwest tot. Die Nazis haben offen erklärt, daß sie sich am Streik nicht beteiligen, d. h. Streikbruch verüben werden, ebenso die herrlichen Gewerkschaftsführer. Besser können sich diese Trabanten der Kapitalisten nicht entfalten. Ihr ganzes Kampfgeschrei gegen den Hungerstreik des Bürgerblods ist ein infames Täuschungsmanöver. Um so größere Verantwortung trägt die Gewerkschaftsopposition, die auch in Sachsen alle Anstrengungen machen muß, im Bündnis mit Mansfeld und Nordwest den Kampf gegen den drohenden Lohnabbau in der sächsischen Industrie zu organisieren. Daneben muß härter noch als bisher die Sammelaktion für die kämpfenden Arbeiter von Mansfeld und Nordwest betrieben werden. Jeder Arbeiter

Nazi-Führer von Nazi-Rollkommandos aus dem Gaal geprügelt

Zuspitzung des Führertrahns im „Dritten Reich“

Berlin, den 1. Juli 1930.

Am Montag fand in Berlin eine förmliche Mitgliederversammlung der Berliner Nationalsozialisten statt, bei der eine Anzahl von Naziführern durch das SA-Rollkommando aus dem Gaal geschleift wurden. Unter ihnen befanden sich der Major Buchruker, Otto Straßer, Korn und andere. Eine Anzahl Oppositioneller wurde ausgeschlossen. In der Mitgliederversammlung verließen 30 Nationalsozialisten als Demonstration gegen Goebbels den Saal.

Der Schriftleiter des Sächs. Beobachter zurückgetreten

Dresden, den 2. Juli.

Der neu gewählte nationalsozialistische Abgeordnete des Sächsischen Landtags, Bennede, ist plötzlich von der Dresdner Schriftleitung des in Berlin erscheinenden „Sächsischen Beobachters“ zurückgetreten. Angeblich bestehen die Differenzen darin, daß Hiltner eine Rechtskoalition mit den bürgerlichen Parteien in Sachsen fordert, Bennede jedoch eine solche Koalition in der Reichsregierung ablehnt, daß seine Mitarbeiter

fälschlichen Volksbetrüger alsbald schnell erkennen würden und der Wahlerfolg nur von kurzer Dauer war.

Der allgemeine Krach im Nazilager greift weiter um sich. Das Mitglied der Redaktion des „Sächsischen Beobachters“, Richard Schapke, veröffentlicht in der heutigen Ausgabe eine Erklärung, in der es unter anderem heißt:

„... Mein Ausschluss erfolgt auf Grund von Denunziationen und wegen meiner Haltung zur Wahlergebnisse in Sachsen. Ich vertrete die Auffassung, daß die Youngparteien, die die heutigen Zustände durch ihre Erfüllungspolitik verschuldet haben, für diese Politik auch offen die Verantwortung tragen müssen. Und bin der Überzeugung, daß es für die antisemitische NSDAP einen Verrat ihrer Grundzüge bedeuten würde, in Sachsen eine bürgerliche Koalition zu bilden, die nur mit Einschluß oder durch Abhängigkeit von der Demokratischen Partei, der Partei Rathenaus, möglich ist.“

Natürlich sind es für Schapke nicht die „demokratischen Juden“, die ihn am Verrat seiner Grundzüge hindern, sondern überhaupt die Furcht, daß bei einer Regierungsbeteiligung die Nachläufer des Faschismus noch schneller und gründlicher das wahre Gesicht des Faschismus erkennen werden. Wir Kommunisten werden dafür sorgen, daß das schnell geschieht.

Das Eugenbergsorgan, die „Kreuzzeitung“, vermutet, daß es infolge der Auseinandersetzung im Nazilager „sehr leicht und sehr schnell zu einer Koalition“ kommen wird.